

Sonderfall Sonderschule? Die Zukunft der Inklusion in Wien

Die NEOS Wien laden am 18. Jänner 2017 zu einer Enquete in ihren Club im Rathaus. Am Podium sitzen **Univ. Prof. Dr. Germain Weber**, Präsident der Lebenshilfe Österreich, **Ilse Schmid**, Präsidentin des steirischen Landesverbandes der Elternvereine, **Mag. Rainer Grubich**, PH Wien und Büro für Inklusive Bildung, **Prof. Mag. Dr. Helga Fasching**, Institut für Bildungswissenschaften der Uni Wien und **Christoph Wiederkehr**, Bildungssprecher der NEOS Wien als Moderator.

Weber begrüßt die Ankündigung von Bildungsministerin Hammerschmid bis 2020 alle Sonderschulen abzuschaffen. Die Lebenshilfe habe bereits 2012 einen entsprechenden Stufenplan vorgelegt. Er kritisiert die frühe Segregation im österreichischen Schulwesen und die Konzeption des Unterrichts für jeweils homogene Gruppen. Alle bekämen die gleichen Inhalte vorgesetzt. Die inklusive Schule setze jedoch bei der Individualität an. Weber beschreibt die Aufgaben der Lebenshilfe, die sich um Menschen kümmert, die die Schulzeit abgeschlossen haben¹. Die Sonderschule bereite nicht auf ein individuelles selbstbestimmtes Leben sondern auf die Unterstützung durch die Lebenshilfe vor. Längerfristig gesehen komme daher die Inklusion dem Staat billiger als die Sonderschule, Er verweist auf das Inklusionsmodell in Südtirol, wo es größere Erfolge bei vergleichenden Tests wie PISA gebe als im benachbarten Nordtirol.

Schmid verweist darauf, dass die Steiermark schon seit längerer Zeit federführend bei der Inklusion war, derzeit aber betroffene Eltern beunruhigt und verärgert seien, da Druck ausgeübt werde, die Kinder nicht in Sonderschulen zu geben oder keinen Sonderpädagogischen Förderbedarf (SPZ) feststellen zu lassen. Sie initiierte die Parlamentarische Initiative zur Beibehaltung der Sonderschulen „Wahlfreiheit braucht Wahlmöglichkeit“, die großes Echo hervorrief. Ministerin Hammerschmid habe auch zugesagt, dass die Wahlfreiheit der Eltern weiterhin berücksichtigt werde. Im Ministerium liege ein 2006 erstellter Expertenbericht auf den man sich stützen könne². Entgegen anderslautender Behauptungen fordere die UN Konvention nicht die Abschaffung der Sonderschulen, sondern spreche sich für die spezielle Förderung jedes Kindes im Rahmen dessen, was dieses brauche, aus. Es sei vor allem wichtig, den SPZ so früh wie möglich feststellen zu lassen, sonst gehe wertvolle Zeit verloren. Manche Kinder hätten in großen Gruppen große Probleme.

Grubich war 13 Jahre in Integrationsklassen als Volksschullehrer tätig. Er hebt den pädagogischen Aspekt der Inklusion hervor. Inklusive Pädagogik dürfe nicht als Reparaturpädagogik verstanden werden. Wenn Kinder dem Unterricht nicht folgen können, müsse man den Unterricht überdenken. Auch die Leistungsbeurteilung solle verändert werden und basierend auf Kompetenzrastern und Lernzielkatalogen erfolgen. Er spricht sich für eine Entkoppelung von SPF und Ressourcen, für eine Anwendung des Sozialindex und für größere Flexibilität aus. Die Kinder würden nicht das ganze Schuljahr hindurch die gleiche Art von Unterstützung brauchen. Beim Lehramtsstudium kam es zu einigen Änderungen. In der Ausbildung für die Primarstufe sind die Elemente der inklusiven Pädagogik allgemein verankert, dazu kann ein Schwerpunkt bei der inklusiven Pädagogik gesetzt werden. In der Sekundarstufe kann inklusive Pädagogik als eigenes Fach gewählt werden. Die Schulen der Sekundarstufe 2 müssten sich für Jugendliche mit Beeinträchtigungen öffnen.

Fasching befasst sich beruflich vor allem mit der Erforschung der Bildungsübergänge³. Übergänge böten Chancen und Hindernisse, die Schule müsse hier unterstützend tätig werden. Ein besonderes Forschungsprojekt untersuchte den Übergang von der Schule in den Beruf bei Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung. Dabei zeigte sich, dass Absolvent/innen aus integrativen Settings erfolgreicher waren als solche aus Sonderschulen, da die Information und Unterstützung von außen-

1 <http://www.lebenshilfe.at/index.php?/de/Ueber-uns/Was-wir-tun>

2 <http://www.cisonline.at/fileadmin/kategorien/ZSER70.pdf>

3 <https://bildungswissenschaft.univie.ac.at/inklusive-paedagogik/arbeitsbereich/forschung/kooperation-fuer-inklusion-in-bildungsuebergaengen/>

stehenden Organisationen in Inklusionsklassen besser sei. In den Sonderschulen gehe die Information eher nur vom Lehrerteam aus. In einem Folgeprojekt soll untersucht werden, wie alle Familien erreicht werden könnten. Der Zugang zu einer integrativen Berufsausbildung sei oft sehr schwierig, aber es müsse Angebote für ausnahmslos alle Betroffenen geben. Die Ausbildungspflicht bis 18 erfordere es Möglichkeiten zu schaffen, dass alle Familien erreicht werden können.

In den sehr zahlreichen Wortmeldungen, die von betroffenen **Eltern** beziehungsweise **Lehrerinnen** und **Direktorinnen** kommen, werden folgende Themen und Probleme angesprochen:

- Die Sonderschulen haben wesentlich mehr Angebote in der Nachmittagsbetreuung. Ein 11. und 12. Schuljahr gibt es nur in der Sonderschule.
- Es sollte kein Entweder – Oder geben. Auch eine inklusive Schule sollte Sonderschulklassen mit kleinen Gruppen führen können.
- Beim Schulbau würden zwar bauliche aber zu wenig pädagogische Gegebenheiten berücksichtigt.
- Derzeit bringe eine Abschaffung der Sonderschulen die Eltern noch zur Verzweiflung. Aber es müsste ein System geschaffen werden, dass die Sonderschulen überflüssig mache.
- Eine inklusive Schule könne funktionieren, es sei aber große Flexibilität notwendig.
- Die Ausbildung Neu werde zu einem anderen Umgang der Lehrpersonen untereinander führen. Außerdem wissen jetzt alle Studierenden, dass sie für alle Kinder zuständig sein werden.
- Das derzeitige System habe Grenzen, manchmal müsse man sie überschreiten.
- Zuerst müssten die Voraussetzungen an den Schulen geschaffen werden bevor eine Änderung des Systems erfolgen könne.
- Die Regelschule müsse weiter entwickelt und mit den nötigen Ressourcen ausgestattet werden.

Eine betroffene Mutter meint, ihr Sohn könne keine Regelschule besuchen. Ein Vater ist mit der Sonderschule die seine Tochter besucht sehr zufrieden und kann sich nichts Besseres vorstellen. Eine Mutter fürchtet eine Verschlechterung bei den Gehörlosen und Schwerhörigen sollten Sonderschulen abgeschafft werden. Eine andere Mutter sucht einen AHS Platz für ihre Tochter mit Down-Syndrom.

Weber ist zuversichtlich, dass es in fünf bis zehn Jahren entsprechend ausgebildete Lehrer/innen geben werde, sodass alle Kinder in Inklusionsklassen gehen können. **Schmid** hält entgegen, dass besondere Bedürfnisse besondere Settings erfordern. **Fasching** fordert verstärkte Berufsorientierung nach der Pflichtschulzeit. Sie spricht sich für eine Kategorisierung von Behinderungen aus. Totale Chancengleichheit gebe es nicht. Bei der Inklusion müsse man auf Kooperationen setzen und die Zusammenarbeit mit den Eltern sei besonders wichtig. **Grubich** sieht im Thema vor allem eine Frage der Haltung. Es müsse ein neues System geschaffen werden, das nicht in den alten Strukturen gedacht werden dürfe. Es müsse mehr Nachmittagsbetreuung im integrativen Bereich geben. Das Verfahren der Feststellung des SPF ist für ihn diskriminierend. **Schmid** betont nochmals, dass Kinder das Setting bekommen müssen das sie brauchen und dass die Eltern ihre Kinder am besten kennen. Zum Abschluss gibt sich **Weber** erneut optimistisch, dass die Inklusion funktionieren werde. Wichtiger als das Setting sei aber die Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer. Eine kanadische Studie zeige, dass Kinder aus Inklusionsklassen gesünder seien als andere. Allerdings könne auch Südtirol einige wenige Kinder nicht in Inklusionsklassen beschulen. Diese kämen dann nach Nordtirol.

Dr. Christine Krawarik